



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Andreas Hanna-Krahl, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Laura Weber, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Sicherheit für Bayerns Bevölkerung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die schreckliche Gewalttat von Aschaffenburg erschüttert auch eine Woche danach bis ins Mark. Der Landtag trauert mit den Angehörigen der Opfer und wünscht den Verletzten schnelle Genesung.

Die Menschen haben Sicherheit verdient und demokratische Kräfte, die Probleme lösen, anstatt die Gesellschaft weiter zu spalten. Scheinlösungen helfen nicht weiter. Um die Gefahr solcher Gewalttaten deutlich zu reduzieren und das Vertrauen in einen sicheren Staat zu stärken, müssen Behörden handlungsfähiger gegen solche Gewalttäter aufgestellt werden.

Der Landtag stellt fest, dass es nach dem Innehalten und der Trauer unbedingte Aufgabe aller staatlichen Ebenen ist, aufzuklären,

- wie es zu dieser barbarischen Tat kam,
- warum es dem Täter trotz mehrfacher vorheriger Gewalttaten mit Aufhalten in der Psychiatrie,
- trotz einer Ersatzfreiheitsstrafe,
- trotz der Möglichkeit zur präventiven Unterbringung
- trotz möglicher Rückführung nach Bulgarien im Rahmen des Dublin-Verfahrens und
- trotz angekündigter und dann nicht erfolgter freiwilliger Ausreise möglich war,

diese furchtbare Tat zu begehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

- Einrichtung einer neuen Gefährderkategorie für instabile, gewaltbereite Personen mit unklarer Motivlage und Verknüpfung mit einem Frühwarn- und Hilfeprogramm nach dem Vorbild PeRiskoP in Nordrhein-Westfalen (Konzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial – PeRiskoP)
- standardisierte, psychosoziale Anamnese bei der Erstaufnahme von Geflüchteten und bei Bedarf strukturierte und angepasste psychosoziale Behandlung (nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Baden-Württemberg), ergänzend Aufbau von psychosozialen Zentren für Geflüchtete

- besserer Informationsaustausch zwischen Polizei, Ausländerbehörden und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit einem Schwerpunkt auf Problem- und Risikofällen
- asylrechtliche Durchsetzung entschlacken und vereinfachen, Schnittstellen minimieren: Organisation von Überstellungen nach der Dublin-Verordnung ausschließlich durch Bundesebene (BAMF, Bundespolizei), freiwillige Ausreisen engmaschig begleiten

Der Landtag betont, dass die hier aufgeführten Maßnahmen nicht abschließend sind und nach eingehender Aufklärung und Prüfung der Versäumnisse rund um die Tat in Aschaffenburg weitere Maßnahmen erforderlich sind. Sie sind jedoch ein erster Schritt hin zu einem System, das den Menschen in Bayern mehr Sicherheit gibt.